

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Martina Bunge, Diana Golze, Matthias W. Birkwald, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/10513 –**

Die belegärztliche Geburtshilfe in Deutschland

Vorbemerkung der Fragesteller

Ein Teil der Leistungen an Krankenhäusern werden in Deutschland von Belegärztinnen und Belegärzten erbracht. Einige Krankenhäuser arbeiten bei der Geburtshilfe neben Hebammen ausschließlich mit Belegärztinnen und -ärzten, andere zusätzlich mit angestellten Ärztinnen und Ärzten. Viele dieser Ärztinnen und Ärzte sind, ähnlich wie die freiberuflichen Hebammen, von immens steigenden Haftpflichtversicherungsprämien betroffen. So hat sich nach Auskunft eines Arztes die Haftpflichtprämie von 12 500 Euro in 2009 auf 28 000 Euro in 2012 erhöht und wird durch Honorarerhöhungen nicht ausgeglichen. Diese Umstände gefährden nach Auskunft des Arztes die Zukunft der Belegärztinnen und Belegärzte in der Geburtshilfe und damit die klinische Versorgung von werdenden Müttern.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Das Belegarztwesen stellt eine historisch gewachsene und bewährte Form der Vernetzung von stationärer und ambulanter Versorgung dar. Die belegärztliche Tätigkeit ermöglicht nicht nur eine sektorenübergreifende Kontinuität der Arzt-Patienten-Beziehung, sondern kann – gerade in ländlichen Bereichen – maßgeblich zur wohnortnahen Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung beitragen. Für die Betreuung bei Schwangerschaft und Geburt ist die Weiterführung der vertrauensvollen Arzt-Patientin-Beziehung, wie sie das Belegarztwesen ermöglicht, besonders wünschenswert. Der Erhalt des Belegarztwesens und insbesondere auch der Fortbestand der belegärztlichen Geburtshilfe liegt daher im Interesse der Bundesregierung. Im Übrigen ist in den letzten Jahren mit Unterstützung der Bundesregierung die Anzahl alternativer Kooperationsmöglichkeiten zwischen Vertragsärzten und Krankenhäusern ausgebaut worden. Auf die Leistungserbringung im Rahmen dieser Kooperationsformen wird im Folgenden nicht näher eingegangen, jedoch ist zu berücksichtigen, dass vielfach auch bisher belegärztlich erbrachte Leistungen nunmehr im Rahmen dieser alternativen Kooperationsformen erbracht werden.

*** Wird nach Vorliegen der lektorierten Druckfassung durch diese ersetzt.**

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Gesundheit vom 6. September 2012 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

1. Wie viele Krankenhäuser mit einer Station für Geburtshilfe gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung in Deutschland und in den einzelnen Bundesländern (bitte chronologisch für die letzten 20 Jahre und nach Art der Trägerschaft – öffentlich, freigemeinnützig und privat – ausweisen)?

Die Zahl der Fachabteilungen „Frauenheilkunde und Geburtshilfe“ in Krankenhäusern nach Bundesländern für die Jahre 1991 bis 2010¹ ergibt sich aus der als Anlage 1 beigefügten Tabelle². Eine Differenzierung der Zahlen nach Art der Trägerschaft (öffentlich, freigemeinnützig, privat) ist nicht möglich, da dem Statistischen Bundesamt keine diesbezüglichen Einzeldaten der Krankenhäuser vorliegen und aggregierte Länderdaten in dieser Gliederung ebenfalls nicht zur Verfügung stehen.

2. Wie viele Krankenhäuser arbeiten nach Kenntnis der Bundesregierung mit Belegärztinnen und Belegärzten in der Geburtshilfestation (bitte chronologisch für die letzten 20 Jahre und nach Art der Trägerschaft – öffentlich, freigemeinnützig und privat – sowie nach Bundesländern ausweisen)?

Statistische Angaben über die Zahl der Krankenhäuser, in denen Belegärztinnen und Belegärzte in der Geburtshilfestation arbeiten, liegen der Bundesregierung nicht vor, da diese Zahl nicht Gegenstand der jährlichen Erhebungen des Statistischen Bundesamtes ist. Die Anzahl der in Krankenhäusern tätigen Belegärztinnen und Belegärzte mit der Gebiets-/Schwerpunktbezeichnung „Frauenheilkunde und Geburtshilfe“ (Zeitreihe 1991 bis 2010) ergibt sich aus der als Anlage 2 beigefügten Tabelle³.

3. Wie viele Krankenhäuser arbeiten nach Kenntnis der Bundesregierung ausschließlich mit Belegärztinnen und Belegärzten (als ärztliche Geburtshelferinnen und -helfer) in der Geburtshilfestation (bitte chronologisch für die letzten 20 Jahre und nach Art der Trägerschaft – öffentlich, freigemeinnützig und privat – sowie nach Bundesländern ausweisen)?

Statistische Angaben über die Zahl der Krankenhäuser, die in der Geburtshilfe ausschließlich mit Belegärztinnen und Belegärzten arbeiten, liegen der Bundesregierung nicht vor.

4. In wie vielen Krankenhäusern leisten nach Kenntnis der Bundesregierung Ärztinnen und Ärzte als Angestellte Geburtshilfe (bitte chronologisch für die letzten 20 Jahre und nach Art der Trägerschaft – öffentlich, freigemeinnützig und privat – sowie nach Bundesländern ausweisen)?

Die Zahl der Krankenhäuser, in denen ausschließlich angestellte Ärztinnen und Ärzte Geburtshilfe leisten, liegt der Bundesregierung nicht vor, da sie nicht Gegenstand der Erhebungen des Statistischen Bundesamtes ist. Die Zahl der in Krankenhäusern als Angestellte (hauptamtliche Ärztinnen und Ärzte) mit der Gebiets-/Schwerpunktbezeichnung „Frauenheilkunde und Geburtshilfe“ tätigen Ärztinnen und Ärzte (Zeitreihe 1991 bis 2010) ergibt sich aus der als Anlage 2 beigefügten Tabelle.

¹⁾ Aktuelles Berichtsjahr.

²⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt.

³⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt.

5. Aus welchen Gründen greifen nach Kenntnis der Bundesregierung Krankenhäuser auf Belegärztinnen und Belegärzte in der Geburtshilfe zurück?

Die in den Krankenhausplan eines Landes aufgenommenen Krankenhäuser haben den ihnen im Rahmen der Krankenhausplanung übertragenen Versorgungsauftrag für die stationäre Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Ob die Krankenhäuser diesen Versorgungsauftrag – auch in der Geburtshilfe – unter Inanspruchnahme von Belegärztinnen und Belegärzten wahrnehmen oder eigene Abteilungen mit angestellten Ärztinnen und Ärzten unterhalten, ist eine in der wirtschaftlichen Eigenverantwortung liegende und in Abstimmung mit der jeweiligen Krankenhausplanung des Landes zu treffende Organisationsentscheidung des Krankenhausträgers. Die Bundesregierung hat hierauf weder Einfluss, noch sind ihr die Gründe für die jeweilige Entscheidung des Krankenhausträgers bekannt.

Gemäß § 2 Absatz 1 des Krankenhausentgeltgesetzes (KHEntgG) zählen belegärztliche Leistungen nicht zu den Krankenhausleistungen. Der Patient erhält bei der belegärztlichen Behandlung im Gegensatz zum totalen Krankenhausbehandlungsvertrag die erforderlichen Leistungen von zwei Schuldnern: Während die Sicherstellung der Pflege, Unterbringung, Verpflegung und sonstigen Versorgung sowie die Bereitstellung von Räumlichkeiten und Einrichtungen beim Krankenhaus verbleibt, obliegt die Sicherstellung und Erbringung der ärztlichen Leistungen einem selbständig tätigen und allein verantwortlichen Arzt. Dabei liegt der wesentliche Aspekt der belegärztlichen Behandlung darin, dass die stationäre Tätigkeit die Fortsetzung der ambulanten Tätigkeit des Belegarztes in freier Praxis bildet, weil das Schwergewicht der Gesamttätigkeit des Arztes bei der ambulanten Tätigkeit verbleibt (so auch Bundessozialgericht, Urteil vom 31. Januar 2001, B 6 KA 23/99 R). Die das Belegarztsystem prägende Weiterführung der vertrauensvollen Arzt-Patientin-Beziehung dürfte ein wesentlicher Grund dafür sein, dass die belegärztliche Versorgung im Bereich der Gynäkologie und Geburtshilfe relativ häufig anzutreffen ist.

6. Wie hoch sind nach Kenntnis der Bundesregierung die durchschnittlichen fallbezogenen Krankenhausausgaben für belegärztliche Geburtshilfe im Vergleich zur Geburtshilfe mit angestellten Ärztinnen und Ärzten (falls die Daten nicht vorliegen, bitte vergleichbare Parameter wählen)?

Die Kosten, die den Krankenhäusern bei der Erbringung ihrer Leistungen im Durchschnitt entstehen, sind dem G-DRG-Report-Browser des Instituts für das Entgeltsystem im Krankenhaus (InEK) zu entnehmen, der auf der Internetseite des Instituts veröffentlicht ist. Um Verzerrungen durch statistische Ausreißer zu vermeiden, basiert die Kalkulation des InEK auf den Ist-Kostendaten für die sog. Normallieger, d. h. für die Patientinnen, deren Verweildauer zwischen der unteren und der oberen Grenzverweildauer liegt. Nach dem DRG-System für das Jahr 2012 ergeben sich danach für die häufigste im Rahmen der Geburtshilfe abgerechnete Fallpauschale („Vaginale Entbindung ohne komplizierende Diagnose“) bei einer Behandlung in einer Hauptabteilung durchschnittliche Fallkosten in Höhe von 1 363,35 Euro.

Der entsprechende Wert bei einer Behandlung in einer Belegabteilung beträgt 1 133,40 Euro. In diesem Wert sind die Kosten für die Leistungen des Belegarztes bzw. der Belegärztin sowie der von ihm bzw. von ihr veranlassten Leistungen nicht enthalten, da es sich hierbei gemäß § 2 Absatz 1 in Verbindung mit § 18 Absatz 1 KHEntgG nicht um Krankenhausleistungen handelt. Für einen Vergleich zur Geburtshilfe mit angestellten Ärztinnen und Ärzten liegen der Bundesregierung keine geeigneten Daten über die Kosten des belegärztlichen Versorgungsanteils, der gesondert über die vertragsärztlichen Gesamtvergütungen honoriert wird, vor.

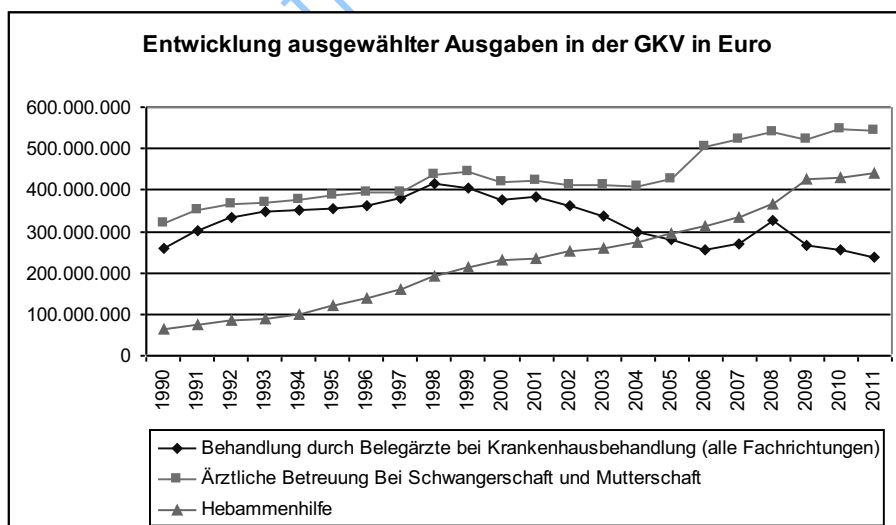
7. Wie hoch sind nach Kenntnis der Bundesregierung die durchschnittlichen fallbezogenen Krankenkassenausgaben für belegärztliche stationäre Geburtshilfe im Vergleich zur Geburtshilfe mit angestellten Krankenhausärztinnen und -ärzten (falls die Daten nicht vorliegen, bitte vergleichbare Parameter wählen)?

Der DRG-Fallpauschalenkatalog 2012 weist für die häufigste im Rahmen der Geburtshilfe abgerechnete Fallpauschale („Vaginale Entbindung ohne komplizierende Diagnose“) bei einer Behandlung in einer Hauptabteilung eine Bewertungsrelation von 0,507 aus. Unter Zugrundelegung des für das Jahr 2012 von den Selbstverwaltungspartnern auf Bundesebene vereinbarten einheitlichen Basisfallwerts in Höhe von 2 991,33 Euro ergibt sich hieraus eine durchschnittliche Fallpauschale von 1 516,60 Euro.

Bei einer Behandlung in einer Belegabteilung beträgt im Jahr 2012 die entsprechende Bewertungsrelation 0,422. Unter Zugrundelegung des für das Jahr 2012 von den Selbstverwaltungspartnern auf Bundesebene vereinbarten einheitlichen Basisfallwerts in Höhe von 2 991,33 Euro ergibt sich hieraus eine durchschnittliche Fallpauschale von 1 262,34 Euro. Die Ausgaben der Krankenkassen für den Belegarzt oder die Belegärztin sind hierin nicht enthalten, sie werden zusätzlich über die vertragsärztlichen Gesamtvergütungen abgegolten. Für einen Vergleich zur Geburtshilfe mit angestellten Ärztinnen und Ärzten liegen der Bundesregierung keine geeigneten Daten über die Vergütung des belegärztlichen Versorgungsanteils vor.

8. Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Ausgaben der gesetzlichen und der privaten Krankenversicherungen für die belegärztliche Geburtshilfe in den letzten 20 Jahren entwickelt (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

Weder in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) noch in der Privaten Krankenversicherung (PKV) werden die Ausgaben für belegärztliche Geburtshilfe separat erfasst. In der GKV werden alle belegärztlichen Behandlungen zusammen als Ausgaben gebucht. Die Ausgaben der GKV für Belegärzte beliefen sich im Jahr 1990 auf 261 Mio. Euro und im Jahr 2011 auf 238 Mio. Euro. Sie sind seit 1998 rückläufig, siehe Grafik.



9. Wie viele der Krankenhäuser tragen nach Kenntnis der Bundesregierung die Kosten für die Haftpflichtversicherung ihrer Belegärztinnen und Belegärzte, und wie viele Krankenhäuser überlassen diese Kosten den Belegärztinnen und Belegärzten (bitte nach Art der Trägerschaft – öffentlich, freigemeinnützig und privat – sowie nach Bundesländern ausweisen)?

Das Haftpflichtrisiko des Krankenhausträgers im Rahmen der belegärztlichen Versorgung ist in der Regel durch eine Betriebshaftpflichtversicherung des Krankenhausträgers abgedeckt. Diese umfasst jedoch nicht die Tätigkeit des Belegarztes, weil die belegärztlichen Leistungen gemäß § 2 Absatz 1 Satz 2 KHEntgG keine Krankenhausleistungen sind und der Belegarzt in keinem Dienstverhältnis zum Krankenhausträger steht. Der Belegarzt muss daher für seine belegärztliche Tätigkeit grundsätzlich für einen eigenen ausreichenden Versicherungsschutz sorgen. Auch das von der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) empfohlene Muster eines Belegarztvertrages (Musterverträge der DKG „Der niedergelassene Arzt im Krankenhaus“, 1. Auflage) geht in Bezug auf die Haftung und den Versicherungsschutz davon aus, dass der Belegarzt für seine Tätigkeit im Krankenhaus und für die dortige Tätigkeit seiner Erfüllungsgehilfen eine eigene ausreichende Haftpflichtversicherung vorhält, zumal er ohnehin über eine Haftpflichtversicherung für seine vertragsärztliche Tätigkeit verfügt. Allerdings besteht auch die Möglichkeit, die stationäre Tätigkeit des Belegarztes in die Haftpflichtversicherung des Krankenhauses einzubeziehen. Für diesen Fall empfiehlt das Vertragsmuster eine Beteiligung des Belegarztes an den Versicherungsbeiträgen. Nach Mitteilung der DKG wird insbesondere im Bereich der Gynäkologie und Geburtshilfe – nicht zuletzt aufgrund des extremen Anstiegs der Haftungssummen – dieser Weg zunehmend gewählt.

10. Wie haben sich die Kosten für die Haftpflichtversicherungen der Belegärztinnen und Belegärzte nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten zehn Jahren entwickelt?

Detaillierte Angaben über die Entwicklung der Kosten für die Haftpflichtversicherung der Belegärztinnen und Belegärzte in den letzten zehn Jahren liegen der Bundesregierung nicht vor. Allerdings ist der Bundesregierung bekannt, dass sich die Prämien in den Berufshaftpflichtversicherungen für Ärzte in den letzten zehn Jahren deutlich nach oben orientiert haben und in der Geburtshilfe tätige Ärztinnen und Ärzte mit einem überdurchschnittlich hohen Prämienanstieg konfrontiert sind. Allgemein wird die Prämienhöhe maßgeblich durch das jeweilige Haftpflichtrisiko und die im Haftpflichtfall zu erwartende Schadenshöhe bestimmt. Dementsprechend variiert sie stark je nach ausgeübter Tätigkeit und Fachrichtung; entsprechend dem spezifischen Haftpflichtrisiko ist bei operativ und in der Geburtshilfe tätigen Ärztinnen und Ärzten allgemein von höheren Haftpflichtversicherungsprämien auszugehen als bei nicht operativ tätigen Ärztinnen und Ärzten.

11. Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Honorare der Belegärztinnen und Belegärzte in der Geburtshilfe in den letzten zehn Jahren entwickelt (bitte chronologisch und nach Art der Trägerschaft – öffentlich, freigemeinnützig und privat – sowie nach Bundesländern ausweisen)?

Werden nach Einschätzung der Bundesregierung dadurch die Steigerungen der Haftpflichtversicherungskosten neben angemessenen Verdienstzuwächsen ausgeglichen?

Entsprechende Honorardaten liegen der Bundesregierung nicht vor.

Die Höhe der vertragsärztlichen Vergütung für geburtshilfliche Leistungen von Belegärztinnen und Belegärzten bestimmt sich nach dem Einheitlichen Bewer-

tungsmaßstab (EBM), der eigenverantwortlich durch die gemeinsame Selbstverwaltung der Ärzte und Krankenkassen im Bewertungsausschuss für ärztliche Leistungen beschlossen wird. Die Bewertung der geburtshilflichen Leistung im EBM für die Betreuung und Leitung einer Geburt wurde mit Wirkung zum 1. Oktober 2010 maßgeblich auf der Grundlage von Analysen des Instituts des Bewertungsausschusses zur Höhe der Haftpflichtprämien für belegärztliche Gynäkologinnen und Gynäkologen mit aktiver Geburtshilfe um rund 59 Prozent angehoben. Bislang hat der Bewertungsausschuss auf der Grundlage weiterer Erhebungen zu den Haftpflichtversicherungskosten durch das Institut des Bewertungsausschusses keine Notwendigkeit einer weiteren Bewertungsanhebung der geburtshilflichen Leistung des EBM gesehen.

Das zum 1. Januar 2012 in Kraft getretene GKV-Versorgungsstrukturgesetz ermächtigt im Übrigen die gemeinsame Selbstverwaltung von Ärzten und Krankenkassen auf Landesebene, zur Verbesserung der Versorgung regionale Preiszuschläge für besonders förderungswürdige Leistungen oder Leistungserbringer zu vereinbaren. Die Kriterien hierzu hat der Bewertungsausschuss für ärztliche Leistungen zu beschließen.

12. Wie viele Geburten muss nach Kenntnis der Bundesregierung eine Belegärztin bzw. ein Belegarzt pro Jahr begleiten und abrechnen, um die Haftpflichtprämie gegenzufinanzieren?

Wie viele Geburten begleitet eine Belegärztin bzw. ein Belegarzt nach Kenntnis der Bundesregierung jährlich im Durchschnitt pro Jahr (bitte chronologisch für die letzten 20 Jahre und nach Art der Trägerschaft – öffentlich, freigemeinnützig und privat – sowie nach Bundesländern ausweisen)?

Da der Bundesregierung die für eine Belegärztin bzw. einen Belegarzt im Einzelnen jeweils maßgebliche Höhe der Haftpflichtversicherungsprämie nicht bekannt ist, lässt sich die Frage, wie viele Geburten eine Belegärztin bzw. ein Belegarzt jährlich im Durchschnitt begleiten muss, um die Haftpflichtprämie gegen zu finanzieren nicht beantworten. Zu der von einer Belegärztin bzw. einem Belegarzt jährlich im Durchschnitt begleiteten Zahl von Geburten liegen der Bundesregierung keine statistischen Angaben vor.

13. Wie viele Geburten begleitet nach Kenntnis der Bundesregierung eine angestellte Ärztin bzw. ein angestellter Arzt im Krankenhaus jährlich im Durchschnitt pro Jahr (bitte chronologisch für die letzten 20 Jahre und nach Art der Trägerschaft – öffentlich, freigemeinnützig und privat – sowie nach Bundesländern ausweisen)?

Zahlen darüber, wie viele Geburten eine angestellte Ärztin bzw. ein angestellter Arzt im Krankenhaus jährlich im Durchschnitt pro Jahr begleitet und wie sich dieser Durchschnittswert in den letzten 20 Jahren entwickelt hat, liegen der Bundesregierung nicht vor.

14. Wie viele Belegärztinnen und Belegärzte werden nach Kenntnis der Bundesregierung an Krankenhäusern für Geburtshilfe derzeit gesucht?

Wie hat sich diese Zahl in den letzten zehn Jahren entwickelt (bitte nach Art der Trägerschaft – öffentlich, freigemeinnützig und privat – sowie nach Bundesländern ausweisen)?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.

15. Wie viele Ärztinnen und Ärzte werden nach Kenntnis der Bundesregierung an Krankenhäusern derzeit zur Anstellung in der Geburtshilfe gesucht?

Wie hat sich diese Zahl in den letzten zehn Jahren entwickelt (bitte nach Art der Trägerschaft – öffentlich, freigemeinnützig und privat – sowie nach Bundesländern ausweisen)?

Auch hierzu liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.

16. Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Geburtenzahlen in den Krankenhäusern in den letzten 20 Jahren entwickelt (bitte nach Art der Trägerschaft – öffentlich, freigemeinnützig und privat – sowie nach Bundesländern ausweisen)?

Seit dem Jahr 1990 ist die Anzahl der in Deutschland geborenen Kinder insgesamt deutlich zurückgegangen. Während im Jahr 1990 noch 908 877 Kinder zur Welt kamen, wurden im Jahr 2010 nur noch 680 413 Kinder geboren, was einem Rückgang um ca. 25 Prozent entspricht. Eine wichtige Determinante für die Anzahl der Geburten ist die Anzahl der Frauen im gebärfähigen Alter (15 bis unter 45 Jahre). Während diese im Zeitraum von 1990 bis 2001 noch leicht anstieg, ist sie seit dem Jahr 2002 rückläufig. Die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter ging von 16,9 Mio. im Jahr 1990 auf 14,98 Mio. im Jahr 2009 zurück (–11,4 Prozent). Die Zahl der im Krankenhaus geborenen Kinder ist von 833 229 im Jahr 1991 auf 668 950 im Jahr 2010 zurückgegangen (–19,7 Prozent)⁴.

Die Entwicklung der Geburtenzahlen in Krankenhäusern für die Zeit von 1991 bis 2010 ergibt sich aus der als Anlage 3 beigefügten Tabelle.

17. Sieht die Bundesregierung die Versorgung durch die steigenden Haftpflichtversicherungsprämien mit Belegärztinnen und -ärzten in der Geburtshilfe gefährdet (bitte begründen)?

Erwägt die Bundesregierung Maßnahmen, um einer möglichen Versorgungsgefährdung entgegenzuwirken?

Die Bundesregierung geht nicht von einer Gefährdung der belegärztlichen Geburtshilfe durch steigende Haftpflichtprämien aus. Zum einen ermöglichen Bewertungsanpassungen der für in der Geburtshilfe tätige Belegärztinnen und Belegärzte relevanten Leistungen im EBM die Berücksichtigung steigender Kosten durch Haftpflichtprämien (siehe hierzu auch Antwort zu Frage 11). Zum anderen ist es den Krankenhäusern möglich, in der Geburtshilfe tätige Belegärztinnen und Belegärzte von Belastungen durch im Einzelfall besonders hohe Haftpflichtprämien ganz oder teilweise frei zu stellen (siehe hierzu auch Antwort zu Frage 9).

⁴) Quelle: Ergebnisbericht IGES Institut GmbH, Berlin, vom 16. Februar 2012 auf der Basis des Statistischen Bundesamtes, Stand 10. Januar 2012, sowie Grunddaten der Krankenhausstatistik, Fachserie 12, Reihe 6.1 für die Jahre 1991 bis 2010 (Statistisches Bundesamt 1993 – 2011).

elektronische Vorab-Fassung

Anlage 1

Zahl der Krankenhäuser mit einer Station für Geburtshilfe (1991 - 2010)

Jahr	Fachabteilungsbezeichnung	KRANKENHÄUSER INSGESAM																
		Deutschland	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2010	Frauenheilkunde und Geburtshilfe	925	108	154	22	28	7	15	76	20	102	193	57	13	49	29	28	24
	dar.: Frauenheilkunde	536	37	54	19	7	5	33	5	5	87	191	28	1	19	22	9	14
	dar.: Geburtshilfe	453	23	35	13	183	6	18	30	4	75	183	16	1	18	18	6	14
2009	Frauenheilkunde und Geburtshilfe	948	109	159	23	29	7	17	78	20	104	197	57	14	50	29	31	24
	dar.: Frauenheilkunde	538	39	49	17	7	5	35	5	5	82	196	26	3	19	24	11	13
	dar.: Geburtshilfe	454	26	34	11	5	5	31	31	4	74	185	17	1	17	19	7	13
2008	Frauenheilkunde und Geburtshilfe	957	115	165	21	28	7	16	76	20	104	200	57	14	51	29	30	24
	dar.: Frauenheilkunde	552	45	51	16	7	6	32	5	5	88	199	26	1	20	25	11	14
	dar.: Geburtshilfe	468	30	35	11	189	6	4	28	4	78	189	16	1	18	21	8	13
2007	Frauenheilkunde und Geburtshilfe	969	119	165	21	28	7	15	74	20	105	205	57	15	51	29	33	25
	dar.: Frauenheilkunde	568	46	53	17	7	7	29	203	7	86	203	25	1	20	25	12	14
	dar.: Geburtshilfe	485	30	36	11	7	7	27	85	13	85	193	16	1	19	22	8	13
2006	Frauenheilkunde und Geburtshilfe	994	121	171	21	28	7	16	77	20	110	209	57	16	53	29	33	26
	dar.: Frauenheilkunde	591	50	54	18	7	7	32	77	20	101	206	24	1	25	25	12	16
	dar.: Geburtshilfe	498	34	34	11	195	7	5	28	11	88	195	17	1	22	22	8	15
2005	Frauenheilkunde und Geburtshilfe	1 024	128	177	21	28	7	17	80	20	111	215	57	16	54	30	36	27
	dar.: Frauenheilkunde	609	51	49	18	6	7	12	36	5	103	212	28	3	26	26	13	16
	dar.: Geburtshilfe	513	36	32	11	6	7	4	31	15	93	198	18	3	24	24	9	15
2004	Frauenheilkunde und Geburtshilfe	1 058	135	181	20	28	7	14	81	21	117	230	56	17	55	31	36	29
	dar.: Frauenheilkunde	641	55	56	17	6	6	11	35	6	108	230	22	5	28	27	11	19
	dar.: Geburtshilfe	546	40	34	11	6	6	4	32	5	97	218	16	1	26	25	9	17
2003	Frauenheilkunde und Geburtshilfe	1 084	134	189	20	31	7	14	82	22	117	235	62	17	57	32	37	28
	dar.: Frauenheilkunde	679	54	70	18	9	9	31	39	7	109	235	27	5	31	29	12	18
	dar.: Geburtshilfe	589	42	47	12	225	8	4	36	6	100	225	18	3	28	27	9	17
2002	Frauenheilkunde und Geburtshilfe	1 100	137	189	20	33	7	14	81	23	117	240	67	17	57	32	37	29
	dar.: Frauenheilkunde	722	58	69	19	12	7	11	39	9	115	239	36	5	38	31	15	19
	dar.: Geburtshilfe	631	48	47	13	12	7	10	37	6	106	229	28	3	34	29	11	19
2001	Frauenheilkunde und Geburtshilfe	1 119	137	190	21	34	7	15	82	24	117	243	69	19	59	32	38	32
	dar.: Frauenheilkunde	734	61	60	20	12	7	6	40	16	117	243	37	4	37	32	16	26
	dar.: Geburtshilfe	642	51	38	13	12	7	10	37	13	108	233	28	1	31	30	11	24
2000	Frauenheilkunde und Geburtshilfe	1 142	139	192	25	36	7	15	88	24	118	245	72	18	60	32	39	32
	dar.: Frauenheilkunde	751	65	60	22	13	7	5	44	14	117	243	37	3	41	32	22	26
	dar.: Geburtshilfe	670	55	39	17	13	7	3	41	13	109	232	31	4	35	31	16	24
1999	Frauenheilkunde und Geburtshilfe	1 160	146	194	24	36	7	15	90	24	122	246	72	18	60	34	40	32
	dar.: Frauenheilkunde	768	77	56	22	13	7	12	45	17	121	242	37	1	43	34	21	27
	dar.: Geburtshilfe	682	63	39	17	13	7	4	42	15	113	229	31	1	36	32	16	25
1998	Frauenheilkunde und Geburtshilfe	1 173	148	196	23	36	7	16	92	25	123	248	74	18	60	35	40	32
	dar.: Frauenheilkunde	795	87	62	21	11	7	10	47	18	123	248	37	1	46	34	22	26
	dar.: Geburtshilfe	709	72	45	17	11	7	5	43	15	113	238	31	1	39	31	18	24
1997	Frauenheilkunde und Geburtshilfe	1 188	150	196	23	37	7	17	91	25	122	257	74	18	60	38	40	33
	dar.: Frauenheilkunde	826	92	61	22	15	7	8	51	18	122	256	39	1	45	37	24	29
	dar.: Geburtshilfe	739	76	45	17	14	7	8	47	15	113	246	33	1	40	33	18	27
1996	Frauenheilkunde und Geburtshilfe	1 212	153	197	24	37	8	18	91	26	129	262	75	18	60	40	40	34
	dar.: Frauenheilkunde	844	92	58	22	17	8	9	50	21	129	259	43	1	43	40	22	31
	dar.: Geburtshilfe	755	79	41	17	253	4	9	45	16	119	253	37	1	37	36	17	28
1995	Frauenheilkunde und Geburtshilfe	1 235	156	202	25	36	8	18	91	26	133	264	78	18	61	42	42	35
	dar.: Frauenheilkunde	861	92	59	21	255	20	8	50	22	133	260	44	1	45	41	25	33
	dar.: Geburtshilfe	770	81	43	19	18	7	9	43	18	123	250	37	1	40	36	18	28
1994	Frauenheilkunde und Geburtshilfe	1 247	156	200	23	37	8	19	94	26	134	269	78	19	61	44	43	36
	dar.: Frauenheilkunde	862	93	66	21	24	8	12	53	22	134	265	44	1	44	44	23	29
	dar.: Geburtshilfe	793	80	52	17	23	7	11	47	19	123	256	37	1	40	37	17	27
1993	Frauenheilkunde und Geburtshilfe	1 258	157	204	23	38	8	19	96	29	135	272	79	19	59	41	43	36
	dar.: Frauenheilkunde	888	82	73	21	26	8	11	53	29	135	266	44	5	43	40	23	29
	dar.: Geburtshilfe	817	70	62	17	25	7	11	50	27	125	259	37	5	39	36	19	28
1992	Frauenheilkunde und Geburtshilfe	1 268	160	208	24	39	8	20	96	30	137	272	78	20	58	39	43	36
	dar.: Frauenheilkunde	916	83	93	21	35	8	13	50	28	136	266	42	6	45	39	23	28
	dar.: Geburtshilfe	849	72	82	17	33	7	11	48	28	127	259	36	5	41	36	20	27
1991	Frauenheilkunde und Geburtshilfe	1 275	160	211	24	42	8	20	96	30	137	273	78	21	59	38	43	35
	dar.: Frauenheilkunde	920	83	97	20	32	8	13	51	27	136	270	43	7	45	36	26	26
	dar.: Geburtshilfe	853	74	86	17	30	7	12	49	27	127	260	37	5	40	36	20	26

Anlage 2

**Krankenhäuser
Ärztliches Personal am 31.12.
nach funktionaler Stellung, Geschlecht und Gebiets-/Schwerpunktbezeichnung: Frauenheilkunde/Geburtshilfe
Krankenhäuser insgesamt**

Jahr	Kranken- häuser mit ent- sprechendem ärztlichen Personal	Hauptamtliche Ärzte und Ärztinnen										Nichthauptamtliche Ärzte und Ärztinnen					
		davon		darunter teilzeit-/geringfügig beschäftigt		leitende Ärzte und Ärztinnen		Ober- ärzte und -ärztinnen		Assistenz- ärzte und -ärztinnen		von Beleg- ärzten/-innen angestellte Ärzte und Ärztinnen ¹⁾					
		ins- gesamt	männlich	weiblich	ins- gesamt	männlich	weiblich	ins- gesamt	männlich	weiblich	ins- gesamt	männlich	weiblich	Beleg- ärzte und -ärztinnen	919		
																ins- gesamt	männlich
2010	922	4 889	2 153	2 736	1 416	232	1 184	798	680	118	2 169	1 076	1 093	397	1 525	919	51
2009	941	4 832	2 141	2 691	1 236	196	1 040	791	686	105	2 059	1 055	1 004	400	1 582	1 029	64
2008	962	4 597	2 171	2 426	1 101	188	913	790	687	103	1 955	1 070	885	1 852	1 438	1 063	74
2007	978	4 418	2 177	2 241	929	144	785	805	707	98	1 860	1 042	818	1 753	1 325	1 159	78
2006	991	4 395	2 248	2 147	891	134	757	807	720	87	1 795	1 039	756	1 793	1 304	1 170	82
2005	1 022	4 252	2 309	1 943	820	122	698	809	740	69	1 742	1 043	699	1 701	1 175	1 248	86
2004	1 058	4 357	2 429	1 928	787	107	680	833	770	63	1 759	1 104	655	1 765	1 210	1 342	112
2003	1 086	4 292	2 491	1 801	731	99	632	818	769	49	1 759	1 128	631	1 715	1 121	1 400	113
2002	1 108	4 189	2 543	1 646	636	106	530	825	782	43	1 742	1 155	587	1 622	1 016	1 443	121
2001	1 136	4 138	2 592	1 546	548	94	454	828	787	41	1 719	1 184	535	1 591	970	1 471	124
2000	1 160	4 098	2 613	1 485	476	76	400	842	805	37	1 685	1 192	493	1 571	955	1 485	133
1999	1 178	4 015	2 629	1 386	418	68	350	842	811	31	1 684	1 224	460	1 489	895	1 471	129
1998	1 185	3 900	2 644	1 256	363	69	294	834	806	28	1 663	1 236	427	1 403	801	1 489	110
1997	1 202	3 844	2 691	1 153	316	69	247	857	833	24	1 669	1 256	413	1 318	716	1 479	111
1996	1 226	3 695	2 665	1 030	233	50	183	867	843	24	1 617	1 240	377	1 211	582	1 508	105
1995	1 248	3 566	2 648	918	192	44	148	871	849	22	1 583	1 241	342	1 112	558	1 580	99
1994	1 260	3 436	2 584	852	163	33	130	874	851	23	1 546	1 221	325	1 016	504	1 601	111
1993	1 271	3 400	2 579	821	116	25	91	870	854	16	1 518	1 213	305	1 012	500	1 598	90
1992	1 279	3 400	2 599	801	104	36	68	879	858	21	1 525	1 210	315	996	465	1 792	97
1991	1 286	3 543	2 703	840	119	35	84	896	875	21	1 577	1 246	331	1 070	488	1 569	83

¹⁾ Nach der Gebiets-/Schwerpunktbezeichnung des anstellenden Arztes/der anstellenden Ärztin.

© Statistisches Bundesamt (DESTATIS), 2012

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Im Krankenhaus geborene Kinder (1991 bis 2010)

Insgesamt	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004	2003	2002	2001	2000	1999	1998	1997	1996	1995	1994	1993	1992	1991
Deutschland	668 950	656 265	674 751	675 892	663 979	675 688	695 885	699 795	711 458	727 315	759 488	763 669	779 358	807 904	790 830	760 091	768 252	795 722	808 001	833 229
Baden-Württemberg	90 030	88 866	91 321	92 343	91 087	93 433	96 149	96 831	98 756	100 390	104 836	107 240	109 747	116 725	114 054	112 159	113 378	117 649	118 033	118 453
Bayern	103 938	102 394	105 296	105 671	103 487	106 224	109 495	111 743	113 105	116 048	120 410	122 758	126 436	130 890	129 629	125 943	127 752	133 368	133 889	134 594
Berlin	35 446	33 871	33 871	32 906	31 124	30 573	31 110	30 317	30 345	30 130	31 153	30 839	30 863	30 910	30 264	28 369	28 264	28 164	29 140	31 147
Brandenburg	15 167	14 853	14 971	15 191	14 858	14 842	15 391	15 203	14 860	14 930	15 615	15 367	14 944	14 606	13 585	12 238	11 600	11 662	12 761	16 910
Bremen	8 007	7 926	8 087	8 114	7 919	7 873	7 894	7 913	8 033	8 156	8 905	8 770	9 075	9 378	9 268	8 697	8 389	8 849	8 755	8 772
Hamburg	20 568	19 843	20 038	19 861	18 989	18 823	17 981	18 303	18 287	17 957	18 906	18 683	18 386	19 422	18 893	18 055	18 395	18 408	18 882	18 801
Hessen	49 962	48 727	50 206	50 663	50 301	51 965	52 675	53 220	54 230	55 371	57 997	58 127	59 592	61 916	60 920	59 035	60 158	61 584	61 114	61 921
Mecklenburg-Vorpommern	12 975	12 670	12 778	12 514	12 198	11 960	12 674	12 429	12 136	12 654	13 047	12 326	11 919	11 784	10 864	9 673	8 825	9 269	10 895	13 722
Niedersachsen	59 380	58 693	61 319	62 030	62 185	63 431	66 769	67 331	69 515	71 654	75 468	75 928	78 631	81 730	79 478	77 445	77 942	80 462	80 715	81 871
Nordrhein-Westfalen	146 282	144 100	149 340	149 639	148 849	151 358	157 168	158 638	162 298	166 589	173 914	175 715	181 649	189 994	188 323	183 483	187 026	194 463	196 827	198 539
Rheinland-Pfalz	7 543	7 408	7 703	7 792	7 685	8 087	8 289	8 212	8 532	8 844	9 291	9 575	9 799	10 487	10 524	10 009	10 470	10 802	10 828	10 900
Saarland	34 875	33 935	34 416	33 698	32 381	32 279	32 836	31 915	31 325	31 737	32 827	31 281	30 120	29 135	27 021	24 105	22 810	23 497	25 329	31 077
Sachsen	16 989	16 887	17 428	17 176	16 758	16 949	17 015	16 560	17 416	17 708	18 338	17 780	17 148	16 950	15 975	14 523	14 236	14 602	16 478	19 271
Sachsen-Anhalt.....	20 296	19 570	19 694	20 436	20 378	20 842	22 086	22 494	23 439	24 095	25 554	26 266	26 647	27 758	27 413	26 135	26 260	27 147	27 159	26 651
Schleswig-Holstein.....	16 363	15 994	16 338	16 037	15 176	15 772	16 259	15 923	16 132	16 495	16 689	16 208	15 998	15 754	14 607	13 085	12 557	13 099	14 523	17 539

Nach der Trägerschaft

Öffentliche Krankenhäuser	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004	2003	2002	2001	2000	1999	1998	1997	1996	1995	1994	1993	1992	1991
Deutschland	327 695	321 843	330 126	332 938	339 044	351 621	368 414	371 348	382 148	388 338	408 567	411 339	428 816	449 903	433 181	421 269	426 729	447 203	460 154	481 347
Baden-Württemberg	61 833	61 536	63 669	65 254	64 244	65 678	69 805	69 721	70 476	68 070	71 169	71 780	76 979	84 426	82 557	83 137	83 574	86 540	85 562	85 242
Bayern	74 849	73 438	75 473	75 323	73 988	78 364	84 170	86 257	88 371	90 272	93 572	94 855	98 044	101 900	100 956	97 657	98 376	103 484	103 487	103 201
Berlin	16 345	16 359	15 751	15 519	16 276	16 238	16 164	15 945	17 719	17 954	18 079	18 136	17 857	15 859	18 010	18 485	19 263	21 159
Brandenburg	10 619	10 470	10 283	9 954	9 774	9 649	10 133	9 881	10 162	10 777	11 228	10 745	10 511	10 132	9 839	9 132	8 468	9 876	11 486	14 900
Bremen	5 278	5 264	5 250	5 248	5 278	5 404	5 714	5 869	6 242	6 420	6 082	5 522	5 152	5 444	5 302	5 335
Hamburg	10 531	10 310	10 077	9 567	9 589	9 309	10 130	10 513	10 844	11 259	10 470	9 631	10 088	10 248	10 617	10 328
Hessen	25 076	24 123	24 825	25 503	25 704	28 651	27 089	27 522	28 333	28 764	30 867	32 269	32 710	34 242	29 868	34 253	35 074	36 948	36 872	37 454
Mecklenburg-Vorpommern	4 774	4 664	4 900	4 744	4 513	5 740	5 095	7 089	7 271	7 973	8 965	8 606	8 903	8 304	7 589	6 714	6 056	6 803	8 304	12 595
Niedersachsen	26 543	25 520	25 801	27 795	28 026	28 581	32 722	33 661	36 163	37 458	39 572	38 967	41 407	43 092	41 727	40 779	40 941	42 152	43 923	44 884
Nordrhein-Westfalen	36 813	36 310	35 979	37 027	38 277	38 321	37 659	36 838	36 777	37 057	38 872	40 080	41 192	42 956	43 116	41 847	43 515	45 463	47 477	47 781
Rheinland-Pfalz	7 966	7 843	8 360	8 376	8 224	8 270	10 387	9 710	10 011	10 471	10 606	10 819	11 020	13 267	12 868	12 615	13 727	14 664	14 565	15 210
Saarland	3 710	3 712	3 847	3 702	3 493	3 774	3 599	3 566	3 859	4 050	4 028	4 199	4 275	4 487	4 512	3 850	3 642	3 858	3 702	3 777
Sachsen	21 759	21 475	21 505	21 149	20 350	20 380	20 901	20 747	21 230	22 013	23 396	22 072	22 627	24 565	21 045	20 464	19 208	20 303	21 991	26 127
Sachsen-Anhalt.....	9 302	9 231	10 671	10 696	11 257	11 680	11 682	12 456	13 242	14 149	14 753	14 213	14 149	14 139	13 234	11 897	11 743	12 887	14 716	17 084
Schleswig-Holstein.....	13 255	12 958	13 921	12 642	12 759	14 296	15 169	15 467	16 244	15 270	16 505	17 201	19 291	19 951	19 493	17 439	18 408	18 472	20 395	20 570
Thüringen.....	7 061	7 077	7 328	7 266	6 895	7 134	7 570	7 370	8 978	11 278	11 471	11 177	12 543	12 623	11 868	10 773	10 747	11 576	12 492	15 610

Freigemeinnützige Krankenhäuser

	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004	2003	2002	2001	2000	1999	1998	1997	1996	1995	1994	1993	1992	1991
Deutschland	263 795	260 590	272 025	269 993	266 122	270 552	282 346	287 521	293 034	305 493	317 304	319 615	317 786	330 337	323 215	310 607	313 600	319 271	320 029	323 123
Baden-Württemberg	22 326	23 278	24 501	23 845	23 771	24 175	24 693	25 445	26 457	30 068	31 057	31 947	28 757	31 179	29 940	27 448	28 172	28 951	29 078	29 506
Bayern	19 117	19 328	19 546	19 355	18 567	18 585	18 620	18 830	18 102	18 949	19 691	20 475	20 129	20 151	19 713	18 886	19 545	19 676	18 949	9 527
Berlin	14 411	13 278	13 383	12 738	11 759	11 393	13 472	12 779	12 933	12 914	13 109	12 522	12 362	12 286	11 975	10 128	9 858	9 196	9 432	20 161
Brandenburg	2 569	2 328	2 351	2 743	..	3 100	3 452	3 433	2 966	3 147	3 284	3 422	3 305	2 627	2 318	1 900	2 007	1 028	724	1 485
Bremen	2 592	2 777	2 669	2 744	..	2 609	2 644	2 665	2 755	3 112	3 191	3 421	2 833	2 958	3 186	3 237	3 405	3 453	3 437	..
Hamburg	9 282	8 799	8 746	8 670	8 458	8 512	7 904	8 736	8 698	8 648	8 776	8 170	7 542	7 933	8 235	8 227	8 011	7 888	7 976	8 205
Hessen	16 887	16 609	17 346	17 527	18 021	18 569	20 845	20 835	20 783	23 990	24 056	24 001	24 823	25 785	29 992	23 726	23 974	23 460	23 078	23 317
Mecklenburg-Vorpommern	1 361	1 490	1 589	1 587	1 529	1 492	2 078	2 680	2 844	3 066	3 159	2 886	2 207	2 569	2 409	2 287	2 160	1 971	2 006	327
Niedersachsen	25 700	25 878	28 714	27 422	27 261	27 853	30 209	29 218	29 964	31 256	32 679	33 014	33 472	34 833	33 212	31 962	32 270	33 189	33 379	33 255
Nordrhein-Westfalen	102 930	101 789	107 434	107 610	106 981	109 308	115 051	119 567	123 232	127 184	132 506	133 609	138 521	145 036	142 954	139 471	141 168	146 469	147 090	148 077
Rheinland-Pfalz	22 323	21 889	22 724	22 532	21 524	22 027	20 740	21 988	22 245	22 473	24 245	24 030	25 347	26 510	26 248	25 773	25 974	27 202	27 170	26 855
Saarland	3 833	3 696	3 856	4 090	4 192	4 313	4 690	4 656	4 673	4 894	5 263	5 376	5 524	6 000	6 012	6 159	6 548	6 944	7 126	7 123
Sachsen	7 291	6 688	6 984	6 764	6 444	6 161	6 231	5 924	5 786	5 700	5 498	5 318	4 798	3 867	3 512	3 363	3 367	3 194	3 388	4 950
Sachsen-Anhalt.....	4 289	4 120	3 925	3 716	3 564	3 421	3 324	3 324	3 616	3 481	3 585	3 567	2 999	2 811	2 739	2 598	2 418	1 711	1 762	2 187
Schleswig-Holstein.....	4 664	4 397	3 989	4 496	4 385	5 121	4 322	4 320	4 560	4 742	4 695	6 006	4 409	4 692	4 854	4 724	3 472	3 864	3 823	3 220
Thüringen.....	4 230	4 246	4 268	4 158	3 890	3 913	3 891	3 536	3 420	2 469	2 510	2 371	758	1 100	916	780	1 419	1 123	1 645	1 491

Private Krankenhäuser

	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004	2003	2002	2001	2000	1999	1998	1997	1996	1995	1994	1993	1992	1991
Deutschland	77 460	73 832	72 600	72 961	58 813	53 515	45 125	40 926	36 276	33 484	33 617	32 715	32 756	27 664	29 434	28 215	27 923	29 248	27 818	28 759
Baden-Württemberg	5 871	4 062	3 151	3 248	3 072	3 580	1 651	1 665	1 823	2 252	2 610	3 513	4 011	1 120	1 557	1 574	1 632	2 158	3 393	3 705
Bayern	9 972	9 628	10 277	10 993	10 962	9 275	6 705	6 656	6 632	6 827	7 147	7 428	8 263	8 839	8 960	9 400	9 831	10 208	11 453	11 232
Berlin	1 443	3 809	3 614	3 661	1 362	1 300	1 248	1 271	325	363	422	488	432	382	396	483	445	461
Brandenburg	1 989	2 065	2 327	2 494	..	2 093	1 806	1 889	1 732	1 006	1 103	1 200	1 128	1 847	1 428	1 206	1 125	758	551	435
Bremen
Hamburg	1
Hessen	7 999	7 995	8 035	7 633	6 576	4 745	4 741	4 863	5 114	3 217	3 074	1 857	2 059	1 889	1 060	1 056	1 110	1 176	1 164	1 150
Mecklenburg-Vorpommern	6 840	6 516	6 289	6 183	6 156	4 728	4 691	2 690	2 021	1 615	923	834	809	911	866	672	609	495	585	800
Niedersachsen	7 137	7 295	6 804	6 873	6 898	6 997	3 838	4 432	3 388	2 832	3 217	3 927	3 752	3 805	4 539	4 704	4 731	5 121	3 413	3 678
Nordrhein-Westfalen	6 539	6 001	5 927	5 002	3 591	3 729	4 478	2 238	2 289	2 348	2 536	2 026	1 936	2 002	2 253	2 165	2 343	2 531	2 260	2 681
Rheinland-Pfalz	850	796	861	853	856	980	957	1 075	1 093	1 261	1 687	1 957	2 037	688	796	749	769	831	938	1 050
Saarland
Sachsen	5 825	5 772	5 927	5 785	5 587	5 728	5 704	5 644	4 309	4 024	3 933	3 891	2 695	703	2 464	278	235
Sachsen-Anhalt.....	3 398	3 536	2 832	2 764	1 937	1 848	1 799	780	558
Schleswig-Holstein.....	2 377	2 215	1 784	3 298	3 234	1 425	2 595	2 717	2 335	4 083	4 354	3 059	2 947	3 111	3 066	4 272	4 380	4 811	2 941	2 861
Thüringen.....	5 072	4 671	4 742	4 613	4 391	4 725	4 798	5 017	3 734	2 748	2 708	2 660	2 697	2 031	1 823	1 532	391	400	386	438

- = Zahlenwert ist aus Datenschutzgründen geheim zu halten.

Quelle: Statistisches Bundesamt (DESTATIS), 2012

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

elektronische Vorab-Fassung